

Hbg. Ebert (Soz.), daß der Reichsfanzler nicht zu den Reichsverden Stellung genommen hat.

kunale schon vor vierzehn Tagen dem Reichsfinanzminister Material unterbreitet worden ist und der Kanzler damals Prüfung ausgesetzt hat. Der Redner bittet um Auskunft über eine Reihe von Vorfragen und fragt, wie die Agitation im Reich finanziert wird, die einen umfangreichen Umfang angenommen habe, insbesondere ob dafür private oder öffentliche Mittel verwendet würden.

Abg. Gothein (Hörsch, Sp.): Der Beweis für die Agitation gegen den Reichstag unter der Beamtenschaft und im Reich ist durch ausreichendes Material erbracht. Die vom Reichsfinanzminister vorgetragenen Gründe sind richtig. Der Redner stellt die Agitation den laienhaften Erklärungen der Herren v. Stein und Dr. Delfrich gegenüber und glaubt, die Ermahnungen des Reichsfinanzministers hätten nichts.

Abg. Dr. Stresemann (Nat.): Gerade diejenigen, denen jeder Konfliktgedanke fern lag, waren enttäuscht über Form und Art der Regierungserklärung vom Samstag. Es lag kein Grund vor, anders als sachlich zu antworten und durch die Art der Antwort die gereizte Stimmung herbeizuführen. Was man zur Friedensresolution des Reichstags fassen will, das darf man nicht freigegeben werden von jeder Politisierung.

Staatssekretär des Auswärtigen von Kühlmann erklärt, daß das Auswärtige Amt natürlich keinen Zusammenhang habe mit der Schmähchrift, die im Reichstag verteilt wurde. (Anmerkung: Es handelt sich um eine Broschüre mit den Abbildungen der Todesopfer der Russen in Ostpreußen. Unter den Abbildungen steht: „Derrn Scheidemann gewidmet“, „Derrn Erzberger gewidmet“ usw.)

Der Kriegsminister von Stein erklärte, bei den vielen Millionen Köpfen im Reich entwickle sich manches anders wie die Verwaltung es wünsche. Wenn in dieser Richtung Mißgriffe vorkämen, die den Aufgaben und Zwecken des Aufklärungsdienstes nicht entsprächen, so werde mit entsprechenden Weisungen vorgegangen. Keineswegs bestehe die Absicht, die Politik ins Reich einzuführen, sondern im Gegenteil, sie heraus zu bringen. Wo den ergebnissen Weisungen nicht entsprochen werde, werde eingegriffen und Versuchen, für irgendeine Partei Propaganda zu machen, entgegengetreten. Jeder ihm unterbreiteten Entgegnung, die er als richtig anerkennen müsse, werde er nachgeben. Die Kosten des Aufklärungsdienstes würden aus den allgemeinen Fonds gedeckt.

Ein Sozialdemokrat meinte, durch den Aufklärungsdienst werde die Politik nicht aus dem Reich hinausgetragen; das Gegenteil werde eintreten. Inzugeben sei, daß die Deereklamation die Pflicht habe, die Soldaten darüber aufzuklären, daß, solange die Gegner den Frieden nicht wollten, sie weiterzukämpfen bereit seien und weiter ihre schwere Pflicht erfüllen müßten. Das dürfe aber nicht durch eine von Parteipolitik getragene Agitation geschehen. Es sei kaum zu glauben, daß man nach einem so langen Kriege und so großen Opfern vaterländische und nicht vaterländische Parteien unterscheiden wolle. Werde dem nicht Einhalt getan, so entstünden die schwersten Gefahren. Das Schwere des Krieges müsse von der Arbeit der Diplomaten begleitet sein, damit man zum Frieden komme.

Ein Mitglied der Deutschen Fraktion erklärte: Wenn auf allen Seiten der Wunsch nach einer Einigung und Verständigung vorherrsche, dann könne man sich nach Bekanntgabe der Zeitfuge leicht verständigen. Gegen die Zeitfuge sei doch nichts einzuwenden, zumal sie längst vor der Gründung der Vaterlandsparlei aufgestellt worden seien. Sie besagten ausdrücklich, daß die Befähigung mit der Politik nicht Aufgabe des Aufklärungsdienstes sein könne. Auch die Fragen der Kriegsziele sollten nicht behandelt werden. Es handle sich also um ein sehr gemäßigtes Programm. Er könne nicht ausgeben, daß ein erdrückendes Material über Uebergriffe vorliege. Vielmehr handle es sich um Einzelercheinungen. Er könne auch nicht begreifen, daß das Wort „fauler Friede“, den uns die Gegner immer zu muten müßten, Bestandteil werde. Mit ihrem Aufklärungsdienst nehme die Deereklamation einen Standpunkt ein, den auch sozialdemokratische Redner wiederholt empfohlen hätten: auf die Seele des Soldaten einzuwirken. Es gelte, die Spannung der Soldaten hochzuhalten und nicht eine Agitation zu Gunsten der Alldeutschen zu treiben.

Kein Schwanken und Ueberlegen

darf es geben! Jetzt gilt nur die Tat! —

Wenn jeder einzelne — ausnahmslos — seine höchsten Kräfte anspannt, dann wird auch diese Kriegsanleihe den großen Erfolg haben, den sie haben muß.

Denn nicht mit Granaten allein kann der harte Endkampf ausgefochten werden; erst das erneute Zeichen unsrer ungeborenen wirtschaftlichen Kraft wird den Ausschlag geben.

Nur so zwingen wir unsre Feinde zur Vernunft.

Darum zeichne!

Annahme des Nachtragsetats

Berlin, 8. Okt. (R. A.) Der Hauptausschuß des Reichstags hat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten den Nachtragsetat angenommen.

Die Haltung des Zentrums

Berlin, 8. Okt. Die „Germania“ schreibt: „Die Zentrumsfraktion des Reichstags hielt heute Vormittag eine Besprechung der Lage ab. Dabei kam zum Ausdruck, daß der Reichstag die gegenwärtige Krise nicht verschuldet, nicht gewollt und nicht erkräft hat. Er will eine friedliche Lösung und Verständigung mit der Regierung. Die Grundausstellung ist in der Rede des Abg. Trimborn in der Samstagsdebatte wiedergegeben. Die Meinung der Fraktion über die angebliche Lage geht dahin, daß die Regierung sich ungewissen und rätselhaft auf den Standpunkt der deutschen Antwort auf die Friedensnote des Papstes vom 19. September stellen muß.“

Zum Zwischenfall im Reichstag

Die „Zentrum-Parlamentarische Korrespondenz“ schreibt: Das ungeschickte Vorgehen des Reichsministers von Stein, vor allem über das Staatssekretär Dr. Delfrich bei der Beilegung der Interpellation gegen die behördliche Agitation zugunsten der Vaterlandsparlei wird höchstwahrscheinlich einer gewissen Sensationspresse wieder einmal Anlaß geben, aufzulaufen und entstellende Darstellungen von den tatsächlichen Vorgängen zu geben, oder gar möglicherweise von einer Krise zu sprechen. Allerdings hat die äußerste Linke ein Mißtrauensvotum gegen den Reichstagspräsidenten eingebracht, aber wie die Dinge im Augenblick liegen, steht die weitest überwindende Mehrheit des Reichstags augenblicklich keinen Grund, die Dinge auf die Spitze treiben zu lassen. Dazu liegt uns vor weniger Veranlassung vor, als das was die beiden Regierungsdirektoren in materieller Hinsicht im Reichstag zum Ausdruck brachten, durchaus nicht bei der Mehrheit desselben auf Widerspruch stößt. Widerspruch hat nur die Ungeschicklichkeit im Auftreten, namentlich des Staatssekretärs Dr. Delfrich ausgelöst. Jeden-

falls ist in der Beurteilung der heutigen Vorgänge im Reichstag Zurückhaltung durchaus geboten, umso mehr, als vom Reichsfinanzminister Dr. Michaelis zu erwarten ist, daß er am Dienstag im Reichstag das Wort ergreifen und eine Belehrung des Zwischenfalls herbeiführen wird. Er wird dabei zweifellos volles Verständnis bei der Mehrheit des Reichstags finden, wenn die Erklärungen des Reichsministers, wie zu erhoffen ist, die wünschenswerte Klärung der Lage bringen; dann dürfte damit zweifellos der Zwischenfall erledigt sein. Das wäre jedenfalls dringend zu wünschen, denn anderenfalls könnte sich der Reichstag dann doch veranlaßt sehen, aus dem Auftreten des Staatssekretärs Dr. Delfrich bei der dritten Lesung des Nachtragsetats für die Kosten der Verdrückung der Stelle eines Reichsministers die dann gebotenen Folgerungen zu ziehen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 8. Okt.

Präsident Dr. Raumpf eröffnet die Sitzung um 12.30 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung eines Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Gesetzes über die privaten Versicherungen (Unternehmungen) (Förderung des Grundbesitzes durch Uebernahme des Hypothekenschulds).

Abg. Wager-Kauleben (Zentr.): Ich habe im Antrag sämtlicher Fraktionen des Hauses zu erklären, daß die Vorlage zu prüfen und bereit sind, den Gesetzentwurf ohne Ausschussberatung unterbreiten in zweiter und dritter Lesung anzunehmen. Es besteht eine erhebliche Einmütigkeit des Hauses in der Frage, daß der Grundbesitz, namentlich der bäuerliche, einer unbedingten Hilfe bedarf, weil sonst die Gefahr besteht, daß die Erschütterung des Immobilienrechts die Wohnungsnot nach dem Kriege wieder auslösen und die Landwirtschaft erschwert wird.

Der Gesetzentwurf wird jetzt in allen drei Lesungen angenommen. — Ebenso wird die Änderung des Reichsstaatspreigesetzes debattiert und angenommen. — Darauf beantragt Abg. v. Papier (Dpt.), die

Punkte 9 und 10 des Nachtragsetats und das Budgetgesetz vorzunehmen und an den Hauptausschuß zurückzugeben. In dem vorausgeschickten Bericht war die überwindende Mehrheit der Parteien in Aussicht, daß, wie die Dinge heute liegen, es angezeigt sei, die beiden Nachtragsetats einer nochmaligen Beratung im Hauptausschuß zu unterziehen und zu erklären, daß es zweckmäßig sei, die beiden Nachtragsetats der Interpellationen aufzuschieben.

Abg. Graf Helldorf (Nat.): Der Plan, in interaktioneller Besprechung gefaßt. Wir werden davon nicht teil und übernehmen also auch nicht die Verantwortung dieser Politik, die zu den gegenwärtigen Verhandlungen geführt hat. Wir glauben, daß die Politik der Samstagsdebatte und der bevorstehenden Beschlüsse nach außen den Eindruck von Konsolidation und Spannung machen wird, und daß, währenddessen die Schlachten toben. Wir bebauern dies lebhaft im Interesse des Landes. In einer Rückverweisung des Nachtragsetats liegt kein Grund vor. Dagegen ist der sozialdemokratischen Interpellation in ein Zusammenhang nicht zu erkennen.

Abg. Dase (Unabh. Sos.): Das Zentrum hat sich jetzt über die Interpellation schuldig gemacht. Auch die Rückverweisung des Nachtragsetats ist unangebracht. Die Verhältnisse sind völlig klar. Aber nach der Samstagsdebatte noch nicht weiß, warum wir den Kriegsmilitär und dem Reichsminister Dr. Delfrich, dem ich nicht zu helfen.

Abg. Ebert (Sos.): Nicht das Verhalten der Mehrheit, sondern das der Minderheit und das der nichtstehenden Vaterlandsparlei hat die Konfliktsituation geschaffen. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Vaterlandsparlei hat unser Ansehen im Ausland geschädigt und deshalb fällt auf sie auch die Verantwortung für die Samstagsdebatte.

Abg. Dr. Martin (D. Fr.) wiederholt die Rückverweisung des Nachtragsetats, weil ein sachlicher Zusammenhang mit der Interpellation fehle.

Abg. Graf Helldorf (Nat.): Die Behauptung des Abgeordneten Ebert ist unzulässig angelehnt der Tatsache, daß die Interpellation von der Minderheit eingebracht ist. Das Auftreten des Dr. Delfrich am Samstag war durchaus nach dem Verhalten der Mehrheit und der gegebenen Lage gerechtfertigt. (Zustimmung.) Gegenüberstellungen sind Mittel zur Klärung.

Wegen der Rechte wird die Umstellung der Tagesordnung beschlossen.

Darauf beantragt Abg. v. Papier, die Nachtragsetat an den Hauptausschuß zu verweisen. Die Mehrheit gegen die Rechte und die unabhängigen Sozialdemokraten.

Kleine politische Nachrichten

Schließung der Deilmühlen

Die drohende Schließung der Deilmühlen ist am Samstag, den 6. Oktober, zu einer Frage im Reichstag gekommen.

Der Abg. Held (Nat.) verlangt die Wahrung der Verordnung wegen Schließung der Deilmühlen dahin, daß die Versorgung der Deilmühlen von Deilmühlern gesichert wird. Unterstaatssekretär Dr. v. Braun: Die Zusammenlegung der Deilmühlen ist im Interesse einer Einschränkung der Kohlenversorgung erfolgt. Es sind aber Vorkehrungen getroffen, um den Bedarf nach Möglichkeit zu decken.

Abg. Held (Nat.) fragt ergänzend, ob die Absicht besteht, wie in Süddeutschland, so auch in anderen Teilen Deutschlands gewisse Erleichterungen zu gewähren.

Unterstaatssekretär Dr. v. Braun: Die Absicht besteht überall da, wo es mit Rücksicht auf die Kohlenverhältnisse, wie z. B. bei durch Elektrizität betriebenen Mühlen, möglich ist.

Hiernach ist also nicht zu befürchten, daß die mit Wasserkraft betriebenen Deilmühlen geschlossen werden. Wir halten die Anfrage des Abg. Held und deren Beantwortung durch die Regierung für sehr beachtenswert, denn die drohende Schließung der Deilmühlen hat viel böses getan. Die Landwirte sagten sich, für wen sie ihren Vorrat, wenn auch dieselben nicht entzogen werden und wir nicht einmal den eigenen Bedarf zurückhalten dürfen. Die kleinen Deilmühlen aber, welche, nachdem sie ihre in „fettreichen“ Zeit vor dem Kriege längt eingegangenen Mühlen mit Kohlen wieder instand gesetzt haben, waren auf neue und zwar zu Gunsten einiger großer Erbsenmühlen, zu ihrer Erhaltung gebracht. Jetzt scheint man sich doch die Bestimmungen vom grünen Tisch als verfehlt zu betrachten.

Es wäre doch auch ein blinder Unfuss zu zweifeln, wenn man in der Zeit der Kohlenknappheit die großen Dampfmaschinen mit der Deilmühlentour betraut, die billigen Wassermühlen dagegen schließend wollen.

Die Jagd nach dem Glücke

Erzählung von Fritz Rigel.

„Und haben Sie auch erwogen, daß die Papiere seit acht Tagen ungeheuer im Werte gestiegen sind? Daß die Differenz ein ansehnliches Vermögen beträgt?“

„So — ein ansehnliches Vermögen? Das geht über doch von Wort und Rechts wegen. Herr Nachbar, und mir nicht! Glauben Sie denn, daß ich Ihnen ein Vermögen aus dem Sad stehlen will, weil Sie vor acht Tagen zufällig nicht in der Lage gewesen sind, mich in Ihrem Geld auszusahlen?“

„Es ist wirklich Ihr Ernst? Ueber hunderttausend Mark beträgt die Differenz nun. Sie wollen sich Ihres Rechtes bedienen?“

„Ich weiß nicht, Herr Nachbar, ob Sie schon den Spruch gelesen haben, der über meiner Haus- steht.“

„Beweis Dein Herz vor Glück.“

„Nach gleichem Geld zu jeder Zeit.“

„Nun hab ich mir hinter die Ohren geschrien und mein Karl auch! Und wenn die Differenz dreimal so viel beträgt — die Papiere werden Ihnen und damit das!“

„Als wollte Konrad Dohse seine Worte betrachten, schlug er mit seiner gewaltigen Faust auf das Pult, daß das Pult zitterte und fuhr gleichmäßig fort: „Wenn Sie jetzt einmal das Glück haben und die alte Hausbibel herbeibringen wollen, habe ich nichts dagegen — selbstredend, wenn ich Sie nicht anhalte.“

„Der Albrecht sah seinen mit freudigem Blicken von ihm lebenden Besucher immer noch an, als bestünde er, daß seiner im Ernst rede.“

„In Hinsicht darauf, daß er selbst von jeder Papiere- geschäfte gemacht und dabei häufig im Zeitraum von wenigen Tagen bald Gewinne eingebracht, bald Verluste erlitten hatte, war es ihm als selbstverständlich erschienen, daß die Kurssteigerung der an den Nachbar abgegebenen Papiere diesem zu gute komme. Sollte er sie ihm doch bedingungslos überlassen und zwar unter Um-

ständen, die eher einen Verlust als einen Gewinn erwarten ließen. In der Freude über den unverhofften Glücksfall hatte er auch weiter gar kein Bedauern darüber empfunden, daß er einen so beträchtlichen Teil der Papiere weggegeben; im Gegenteil erschien ihm das Weiten der Borse ein gerechtes, die es sagte, daß dem Nachbar seine materielle Vergütung für das ausgefallene Geld geworden war, das die Tat des verschwundenen Mark über ihn gebracht hatte. Und war es doch auch gewissermaßen das Recht des Nachbarn, Anspruch auf einen Teil des durch den merkürlichen Fund geschaffenen Wertes zu erheben, nicht allein in seiner Eigenschaft als Nachkomme des alten Freilerrn von Dohse, sondern auch des Umstandes wegen, weil nur durch das in seinem Besitz befindliche Gegenstück des Bildes der Fund gemacht werden konnte. Und dennoch verzichtete er ohne Weiteres, hielt es in seiner kühnen Tugend für ein Unrecht, den glücklichen Zufall auszunutzen, nur weil nach seiner Meinung ihm, dem früheren Besitzer der Papiere, dadurch ein Schaden erwuchs.“

Der Albrecht Dohse sah bei diesen Gedanken etwas wie Beschämung. Er hätte sich sein Gewissen daraus gemacht, den Gewinn einzufahren, wenn er an Stelle des Schlossermeisters gewesen wäre; aber mit dieser Beschämung kam auch etwas über ihn wie Ehrfurcht vor solch ansehnlichen Taten — ein Empfinden, als habe er sich durch diesen einfachen Mann inbezug auf vornehmer Gewinnart herabgedrückt. Und diesen Mann hatte er in blinder Weise zurückgewiesen, als derselbe sich seiner Tochter zu nähern wagte. In seiner hochmütigen Verblendung hatte er es für eine Verletzung Empfinden angesehen, als sie ihre Reue dem Namen schenkte, der fruchtige Kohlen auf sein, des vornehmen Mannes Haupt, gebaut hatte, indem er auf jede Veranlassung die ihm widerfahrende schimpfliche Behandlung ver-

achtete, der jetzt, wie sein Vater, die Großkaiser- Zeitung durch die vorbereitete Zurückgabe der Papiere bewies. Konnte es etwas Erheblicheres geben, als mit Männern von solch edelmütiger Gefinnung in enge Beziehungen zu treten — tot ein anderer so viel Wohlge für das wahre Glück seines geliebten Kindes, wie der Sohn des vor ihm stehenden einfachen Mannes — Karl Dohse?“

In rasch aufwallendem Entschluß streckte Herr Albrecht Dohse seinem Besucher die Rechte entgegen und hielt dessen Hand fest in der seinigen.

„Der Dohse“ sagte er dabei im wahrensten Tone, dessen er fähig war, „wir müssen Freunde werden! Verzeihen Sie, daß ich eine so noble Gefinnung, wie Sie und Ihr Herr Sohn jetzt durch die Zurückgabe dieser Papiere an den Tag legen, nicht bei Ihnen vermutet habe. Sie haben recht, daß Sie den Spruch unseres Ahnherren befolgen — er soll auch mir für mein rettendes Leben zur Richtschnur dienen. Wahres Glück schenkt nicht das glänzende Gold, sondern nur das Bewußtsein, mit sich und seinen Handlungen zufrieden zu sein. Und weil ich zu dieser Überzeugung gekommen bin, kann ich Ihre hochherzige Anerkennung nicht bedingungslos annehmen. Würde ich es tun — ich müßte mich selbst vor mir schämen! Ich gab Ihnen die Aktien als Ersatz für den Schaden, den Sie durch das Vergeben meines verschwundenen Sohnes erlitten haben. Sie sowohl wie ich waren damit einverstanden, daß mit dieser Uebergabe Ihre an mich bestehende Forderung beglichen war. Wären die Papiere vollständig wertlos geworden, wie ja zu befürchten stand — ich würde es wieder vermocht haben, Ihnen auf andere Weise Ihren Schaden zu ersetzen, noch hätte ich mich offen gegenüber dem verpflichtet gefühlt, denn Sie waren ja — ich wiederhole es, mit dem Handel einverstanden gewesen. Jetzt ist das Gegenteil von dem, was zu erwarten stand, eingetroffen — die Papiere haben einen großen Wert bekommen und zwar durch Umstände, die auch wieder durch Sie und zwar dadurch hervorgerufen wurden, daß Sie als Nachbar-

komme unseres gemeinschaftlichen Urhahns im Besitz des Gegenstücks unseres Bildes gewesen sind. Da kann ich doch unmöglich...

„Der Nachbar — verzeihen Sie Ihre Worte nicht!“ unterbrach ihn der Schlossermeister. „Sie da eben sagen, daß ich ja alles was ich und schon, aber für meinen einfachen Verlust hängt mir's zu hoch. Sie wollen da, schenke mir mit aller Gewalt herausbitten, daß ich im Falle wäre, wenn ich das unmöglich viel Geld hielt, aber wenn ich Ihnen auch ganz offen gestehe, daß ich für meinen Teil nichts davon hätte, so hat die Sache doch ihren Dasein!“

Karl, dem ich so Schreckliches Unrecht getan habe, der jetzt Gott sei Dank wieder drüben bei uns im Hause ist — der tut's nicht! Vater, — er zu mir gesagt — wenn zwischen uns und wieder so werden soll — wie es früher gewesen ist, dann müssen die Aktien wieder ihrem rechtmäßigen Eigentümer, dem Herrn Dohse, zurückgegeben werden. So steht die Partie und nicht anders!“

„Ihr Herr Sohn ist seines Vaters mächtig! Sagte Herr Dohse nach einer Pause mit einem leichten Lächeln. „Und ich weiß, warum er den stolzen heraushebt! Sie haben keine Meinung davon, Herr Nachbar?“

Konrad Dohse schien etwas besangenen. Er fragte sich, ob er den auf ihn Einsprechenden der immer noch seine Hand gefaßt hielt, nicht erwiderte er: „Ja, — so blind bin ich doch nicht, Herr Nachbar, wenn ich es auch schon aus dem Munde des Fräuleins, Ihrer Tochter, erfahren hätte, die meiner Ururgroßmutter, der Augusta Dohse, wie ein Ei dem anderen gleicht! Der Karl ist in das Mädel verknallt — gründlich verliebt und weil Sie ihm damals, wie mir der Friedwald erzählt hat, für gewisse haben, da will er es in seinem unabhängigen Stolz nicht auf sich sitzen lassen, das, was er unauflöslich gelitten hat, so zu sagen von Ihnen abgekauft zu werden! Sie verstehen mich doch, Herr Nachbar?“

